

«Wir sind nicht die grossen Verhinderer»

Flixbus will nach Liechtenstein und behauptet, in Buchs abgelehnt worden zu sein. Der Buchser Stadtpräsident Daniel Gut widerspricht.

Reto Mündle

Knapp zwei Jahre ist es her, dass das bekannte Fernreiseunternehmen Flixbus die Ortschaft Buchs in ihr internationales Streckennetz aufnehmen wollte. In der Zwischenzeit haben sich die Pläne geändert. Denn Flixbus prüft nun die Möglichkeit, in Liechtenstein eine Haltestelle einzurichten. Die Umsetzung ist gemäss Flixbus auf Sommer 2020 angesetzt. Wo sich dann die Haltestelle konkret befinden wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch Gegenstand von Gesprächen. Das Unternehmen wird auch zunächst mit dem Amt für Bau und Infrastruktur verhandeln müssen, um überhaupt eine Haltestelle im Land errichten zu können.

Zuerst Buchs, nun also Liechtenstein. Was bewirkt den plötzlichen Strategiewechsel? «Leider haben wir von der Stadtverwaltung Buchs keine entsprechende Erlaubnis erhalten», sagt Flixbus-Pressesprecherin Franziska Köhler.

«Haben kein Problem mit Liechtensteiner Haltestelle»

«Das ist so nicht ganz richtig», entgegnet Daniel Gut, Stadtpräsident von Buchs. Er kann die Argumentation des Fernreiseunternehmens nicht nachvollziehen: «Buchs konnte bei



Das Fernreiseunternehmen Flixbus möchte schon bald auch in Liechtenstein eine Haltestelle anbieten.

Bild: Keystone

der Anfrage von Flixbus im Jahr 2017 keine Haltestelle anbieten, weil im Bereich des Bahnhofs aufgrund des Bahnhof-Neubaus sowieso schon ein Verkehrschaos herrschte. Nach Beendigung des Baus, also seit Dezember 2018, stellte aber der Stadtrat die

ehemalige Haltestelle Buchs Nord beim Bahnhof für den internationalen Busverkehr grundsätzlich zur Verfügung. Diese Haltestelle ist das Resultat einer Eignungsabklärung durch die Region Sarganserland-Werdenberg und dem Amt für öffentlichen Verkehr

des Kantons St. Gallen», sagt Gut. Die Stadt Buchs habe dann allerdings seit 2017 von Flixbus nichts mehr gehört und es sei kein entsprechender Antrag gestellt worden. «Wir sind aber sicher nicht die grossen Verhinderer.» Der Vorstoss von Flixbus, mit der geplanten Halte-

stelle nach Liechtenstein auszuweichen, kommt somit, zumindest für Buchs und ihren Stadtpräsidenten, doch etwas überraschend. «Wir haben aber kein Problem mit einer Haltestelle im Land Liechtenstein. Die Fakten müssen halt stimmen und die Anstrengungen der Region Sarganserland-Werdenberg sowie der Stadt Buchs sollten mindestens zur Kenntnis genommen werden», so Daniel Gut.

Reise von Chur nach München für 16 Euro

Eine Flixbus-Haltestelle in Liechtenstein böte die Aussicht, zu extrem günstigen Preisen von hier aus nach Deutschland, Frankreich, Belgien, Tschechien, Ungarn oder in insgesamt 23 weitere europäische Länder zu reisen. Derzeit befinden sich die nächstgelegenen Haltestellen in Chur und Dornbirn. Eine Reise von Chur nach München ist beispielsweise bereits für sechzehn Euro möglich.

Das Unternehmen wurde 2011 unter dem Namen GoBus gegründet und Anfang 2013 in Flixbus umbenannt. Die Firma startete im Februar 2013 im Rahmen der Liberalisierung des Fernbusverkehrs in Deutschland und einer Erneuerung des Personenbeförderungsgesetzes mit vier täglichen Linien durch

Süddeutschland. Es wuchs in den folgenden Jahren kontinuierlich, indem es mit anderen Unternehmen wie MeinFernbus fusionierte oder Konkurrenzunternehmen wie Postbus übernahm. Aktuell besitzt das Unternehmen einen Marktanteil von über 90 Prozent auf dem deutschen Fernbusmarkt, hat ungefähr 250 Mitarbeiter und macht einen jährlichen Umsatz von 352 Millionen Euro. Flixbus selber hat keine eigenen Busse. Diese gehören lokalen Unternehmen. Flixbus agiert über ein Online-Buchungsportal, hat ein geschicktes Marketing und vor allem: viel Geld.

Vorwürfe wegen Sozial- und Lohndumping

Flixbus ist in der Vergangenheit jedoch auch immer wieder wegen Sozial- und Lohndumping negativ in die Schlagzeilen der Medien geraten. Der Vorwurf lautet gemeinhin, es betreibe eine überaus aggressive Preispolitik auf dem Rücken seiner Subunternehmer und deren Beschäftigten. Aufgrund der niedrigen Bezahlung würde der Druck auf die Subunternehmer steigen, die infolgedessen aus dem Markt gedrängt würden. Durch die Marktbeherrschung habe Flixbus mittlerweile zusätzlich eine monopolähnliche Stellung erlangt.

«2600 Franken Lohn in Liechtenstein – das geht nicht»

Der LANV hat am Welttag für menschenwürdige Arbeit mit einem Infostand im Städtle auf Lohndumping aufmerksam gemacht.

Knief-OP oder Motorroller-Reparatur? Ein «und» ist für Frau Dominguez ausgeschlossen. Als Vollzeitkraft in einem Hotelbetrieb verdient sie monatlich 2600 Franken – brutto wohlgeklärt. Der Nettobetrag liegt bei rund 2300 Franken. Werden davon sämtliche anfallenden Fixkosten abgezogen, bleiben ihr zum Leben gerade einmal 200 Franken. Beides, der Gang ins Krankenhaus und zum Mechaniker, ist da schlichtweg nicht drin, eine Entscheidung unausweichlich.

Das Beispiel, das der Liechtensteinische ArbeitnehmerInnenverband (LANV) zur Veranschaulichung gewählt hat, ist ein fiktives. Sein Hintergrund dagegen umso realer. 2600 Franken Bruttolohn sind in Liechtenstein eine wiederkehrende Tatsache und nichts anderes als Lohndumping, wie der LANV anprangert. Ein menschenwürdiges Leben sei unter solchen Umständen nicht möglich. Den gestrigen 12. Welttag für menschenwürdige Arbeit hat die Gewerkschaft deshalb – in Kooperation mit dem Verein für Menschenrechte – genutzt, um mit einem Informationsstand auf dem Vaduzer Rathausplatz auf die bestehenden Missstände aufmerksam zu machen – und deren Behebung einzufordern. «Wir wollen, dass die Öffentlichkeit davon

erfährt, und wir wollen den Druck auf die staatlichen Organe erhöhen. Sie müssen handeln, damit in Liechtenstein endlich durchwegs berufs- und branchenübliche Löhne bezahlt werden», betont Gewerkschaftssekretär Fredy Litscher.

GAV schützt vor Lohndumping

Das Problem, das darf nicht unerwähnt bleiben, ist keines, das alle Branchen durchzieht. Dort, wo die Sozialpartner einen Gesamtarbeitsvertrag aushandeln konnten, existieren definierte Mindestlöhne, die regelmässig neu verhandelt werden. Seine Zielmarke von 3500 Franken als tiefsten Mindestlohn für Ungelernte hat der LANV als Arbeitnehmervertretung mittlerweile für zwölf Branchen realisieren oder sogar übertreffen können. In den übrigen sieben Branchen mit GAV liegt der Mindestlohn derzeit noch darunter. Der tiefste, jener in der Gastronomie, beträgt aber immerhin 3250 Franken.

Just im Gastgewerbe ist allerdings auch das zu beobachten, was der LANV bemängelt. Weil jenem GAV eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung fehlt, sind nur die Mitgliedsbetriebe der entsprechenden Sektion der Wirtschaftskammer zur Zahlung des ausgehandelten Mindestlohns verpflichtet. Alle anderen können ihre Angestell-



Lilit Keucheyan, Fredy Litscher und Sigi Langenbahn (2. bis 4. v. l.; alle LANV) sowie Christian Blank vom Verein für Menschenrechte (links) machten gestern in Vaduz auf Lohndumping und menschenwürdige Arbeit aufmerksam.

Bild: Tatjana Schnalzer

ten auch für ein weitaus geringeres Salär anstellen und tun dies gemäss LANV teilweise auch. Ebenso wie Unternehmen in bestimmten Branchen ohne GAV – namentlich in der Glücksspiel- und der Finanzdienstleistungsbranche, wie Litscher erklärt. Dass weitere Branchen betroffen seien, sei nicht auszuschliessen, ergänzt er, allerdings habe der LANV gegenwärtig keine Kenntnis von solchen Vorgängen.

APA nimmt Minimallohn von 2600 Franken an

Greift keine Mindestlohnvereinbarung, fehlt es in Liechten-

stein an einer gesetzlich definierten Grösse, die hier angewendet werden könnte. Den arbeitsrechtlichen Bestimmungen im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB), nach welchen den Arbeitnehmern «berufs- und branchenüblichen Löhne» zustehen, scheint es an Explizitheit zu mangeln, wie die Praxis zeigt. Das Ausländer- und Passamt (APA) nimmt bei der Erteilung von L-Bewilligungen oder Grenzgängermedebeitragungen seit Jahren einen Minimallohn von zwölf Mal 2600 Franken jährlich an und setzt damit automatisch Standards, wie der LANV kritisiert.

Letztlich, so die Gewerkschaft, sei dies im Lichte der in den diversen GAV festgehaltenen Mindestlöhne staatlich gefördertes Lohndumping und nicht länger hinnehmbar.

Dreigliedrige Kommission muss Pflicht nachkommen

Um Veränderungen herbeizuführen, nimmt der LANV laut Litscher neben dem APA, das seine Bewilligungspraxis ändern soll, vor allem die sogenannte dreigliedrige Kommission in die Pflicht. Diese setzt sich zusammen aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und des Staats und hat den

gesetzlichen Auftrag, den Arbeitsmarkt zu beobachten, um wiederholtes missbräuchliches Unterbieten des berufs- und branchenüblichen Lohns zu konstatieren und entsprechende Gegenmassnahmen einzuleiten. Etwas, das bislang nicht geschah, wie der LANV – selbst Mitglied der Kommission – betont, nun aber konsequent angepackt werden soll.

Konkret ist es die Aufgabe der Kommission, bei einem festgestellten Missbrauch auf den Arbeitgeber zuzugehen und mit ihm nach Lösungen für eine Lohnanhebung zu suchen. «Wenn das nicht möglich ist, kann die dreigliedrige Kommission bei der Regierung den Erlass eines Normalarbeitsvertrags mit zwingendem Mindestlohn beantragen.» Ein solcher Vertrag wäre dann nicht bloss für ein einzelnes fehlbares Unternehmen gültig, sondern für die gesamte Branche.

Doch werden die angeprangerten Zustände auch tatsächlich bald der Vergangenheit angehören? Der LANV gibt sich optimistisch. Man sei zuversichtlich, dass sich die Dinge nun in die richtige Richtung entwickelten, sagt Fredy Litscher. «Es muss einfach etwas passieren. In Liechtenstein einen Lohn von 2600 Franken zu zahlen – das geht nicht.»

Oliver Beck